

# Länderanalyse *Irland*

## 1. Strukturdaten

Fläche:	70.273 km <sup>2</sup>
Einwohner:	4,38 Mio.
Bevölkerungsdichte:	62 Einw./km <sup>2</sup>
Hauptstadt:	Dublin
BIP pro Kopf (2010):	35.578 EUR
Währung:	Euro (EUR)
Wechselkurs (November 2011):	1,37 USD/EUR



## 2. Politische Lage

Nachdem der irische Premierminister Brian Cowen von der wirtschaftsliberalen Fianna Fáil Partei (FF) mit dem Versuch einer umfassenden Kabinettsumbildung gescheitert war, und der grüne Koalitionspartner die Zusammenarbeit mit ihm aufgekündigt hatte, kündigte er für März 2011 vorgezogene Neuwahlen des Parlaments an. Wie im Vorfeld erwartet, konnte die größte Oppositionspartei, die ebenfalls wirtschaftsliberale aber weniger populistische Fine Gael Partei (FG), mit rund 36% den größten Anteil der Stimmen auf sich vereinen. Die bis dato amtierende Fianna Fáil Partei musste hingegen herbe Verluste hinnehmen; so erzielte sie nur noch gut 17% der Stimmen – ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Zusammen mit der sozialdemokratischen Labour-Partei, die gut 20% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, stellt die Fine Gael Partei unter Führung von Enda Kenny momentan die Regierungskoalition. Mit 113 von insgesamt 167 Sitzen verfügt die Koalition über eine komfortable Mehrheit im irischen Unterhaus. Kenny hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, das Rettungspaket in Höhe von 85 Mrd. Euro, das die irische Regierung im November 2010 beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Euro-Ländern beantragt hatte, neu aushandeln zu wollen. Tatsächlich wurde bei dem EU-Gipfeltreffen Ende Juli 2011 eine Senkung des für den 85 Mrd. Euro schweren Hilfskredit jährlich fälligen Zinssatzes in Höhe von 5,8 auf 3,8% beschlossen.

Die neue Regierung führt den von der Vorgängerregierung Ende 2009 eingeleiteten sowie von der „Troika“ – bestehend aus IWF, Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission – als Bedingung für die Gewährung des 85 Mrd. Euro schweren Hilfskredits auferlegten harten Sparkurs weiter, wobei die Kürzungen vor allem die Sozialausgaben und den öffentlichen Dienst betreffen. So wurden das Arbeitslosengeld um 4,1% und die Kinderunterstützung um 10% gekürzt; zudem

wurden die Gehälter der Staatsbediensteten deutlich gekappt (zwischen 5 und 15 %). Zur langfristigen Entlastung der Staatsausgaben plant die Regierung eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters bis 2028 von 65 auf 68 Jahre. Ende Oktober dieses Jahres wurde in Irland zudem ein neuer Präsident gewählt; mit einem Stimmenanteil von 56,8% konnte sich Michael Higgins von der Labour-Partei klar gegen seine sechs Konkurrenten durchsetzen. Zu den Besonderheiten dieser Wahl gehörte, dass die Fianna Fáil Partei, die bei der Parlamentswahl im März erhebliche Stimmenverluste hinnehmen musste, erstmals in ihrer Geschichte keinen Kandidaten aufgestellt hatte. Laut Verfassung hat das irische Staatsoberhaupt – ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten – lediglich repräsentative Aufgaben. Die beiden letzten Präsidentinnen Irlands, Mary Robinson und Mary McAleese, wirkten jedoch auch über ihre repräsentativen Ausgaben hinaus. Während Robinson das Präsidentenamt grundlegend modernisierte, widmete sich McAleese vermehrt der Aussöhnung Irlands mit dem britischen Nachbarn.

### 3. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Anfang dieses Jahres konnte die irische Wirtschaft allmählich wieder Fuß fassen und sich aus der schweren Rezession, in die sie 2008 abrutschte, herauswinden. Nach drei Jahren mit negativen Wachstumsraten (2008: -3%, 2009: -7%, 2010: -0,4%) wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Irlands im ersten Halbjahr 2011 real wieder um 1,3%. Das Wachstum wurde dabei fast ausschließlich von den Exporten getragen. Nachdem diese schon im Jahr 2010 real um 6,3% zugelegt hatten, betrug der Zuwachs im ersten Halbjahr 2011 weitere 5,4%. Irland verfügt auch nach der Krise über starke exportorientierte Branchen (Chemie- und Pharmaindustrie, Medizintechnik, Logistikbranche), die sich seit 2010 aufgrund der wachsenden Nachfrage auf den Weltmärkten wieder im Aufschwung befinden. Der Binnenkonsum ist jedoch nach wie vor rückläufig. Nachdem der private Verbrauch 2010 real um knapp 1% geschrumpft war, ging er im ersten Halbjahr 2011 erneut um rund 2,6% zurück. Das Platzen der Immobilienblase im Frühjahr 2008 und die damit einhergehende Bankenkrise hat in den meisten Branchen zu harten Einschnitten bei den Löhnen und Einkommen geführt, was sich negativ auf den privaten Verbrauch auswirkt. Die Kürzungen der Sozialausgaben und der Gehälter öffentlicher Bediensteter haben diesen Effekt zusätzlich verstärkt. Ein weiterer Grund für die Konsumflaute ist der steile Anstieg der Arbeitslosenquote, die sich seit Beginn der Krise mehr als verdoppelt hat: Lag diese im Jahr 2008 noch durchschnittlich bei 6,3%, betrug sie im Jahr 2010 bereits 13,6%. Auch für dieses und nächstes Jahr ist keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt in Sicht; bis 2012 wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich bis auf 14,5% ansteigen.

Auch von den Investitionen gehen lediglich schwache Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus (2010: -25%, 1. Hj. 2011: -12%). Dies gilt insbesondere für die

am Binnenmarkt orientierten inländischen Firmen in den Bereichen Bau, Handel und Finanzen. So wird der Wohnungsbau in Irland voraussichtlich auch noch in diesem Jahr rückläufig sein. Infolge des harten Sparprogramms der irischen Regierung wurden zudem zahlreiche Infrastrukturprojekte gestrichen, so dass auch von den öffentlichen Investitionen keine oder lediglich schwache Impulse für die Bauwirtschaft zu erwarten sind. Erst für das kommende Jahr wird mit einer allmählichen Stabilisierung in der Baubranche gerechnet. Die Lage des Bankensektors ist ebenfalls nach wie vor äußerst problematisch. So wurden im Laufe des letzten Jahres mit Ausnahme der Bank of Ireland alle irischen Geschäftsbanken verstaatlicht. Die Bank of Ireland konnte im Juli dieses Jahres einer gänzlichen Verstaatlichung nur knapp entgehen, da sich noch rechtzeitig eine Gruppe privater Investoren gefunden hatte. Seit Herbst 2010 hängen die irischen Banken am Liquiditätstropf der EZB und der irischen Notenbank, da sie von der normalen Refinanzierung am Interbankenmarkt weitestgehend abgeschnitten sind. Um die Liquiditätsversorgung der Banken in Irland (und anderen Euro-Krisenländern) sicherzustellen, hat die EZB den irischen Banken Mitte dieses Jahres kurzfristig 150 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Die EZB gab indes bekannt, dass sie diese kurzfristigen Finanzspritzen nicht in ein mittelfristiges (Hilfs-)Programm umwandeln werde.

Die weiteren konjunkturellen Aussichten hängen sehr stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab, da das Wirtschaftswachstum Irlands nahezu ausschließlich von den Exporten getragen wird und vom privaten Konsum angesichts der Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, hoher Arbeitslosenquoten und hoher Staatsverschuldung keine positiven Impulse ausgehen werden. Insgesamt wird die Wirtschaft 2011 voraussichtlich um 1,2% wachsen; angesichts der Eintrübung der Weltwirtschaft wird für 2012 nur noch mit einer Wachstumsrate von 0,8% gerechnet. Die Verbraucherpreise werden dieses Jahr erstmals seit zwei Jahren wieder ansteigen. Im September 2011 betrug der Zuwachs des harmonisierten Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 1,3%; für das Gesamtjahr 2011 wird mit einer moderaten Inflationsrate in Höhe von 1,2% gerechnet.

#### 4. Außenwirtschaft

Der Außenhandel hat seit Anfang 2010 wieder kräftig an Schwung gewonnen. So sind die Exporte von Waren 2010 nominal um knapp 7% gestiegen, im ersten Halbjahr 2011 betrug der Zuwachs knapp 4%. Die Warenimporte sind ebenfalls deutlich gestiegen. Der Handelsbilanzüberschuss betrug am Ende des ersten Halbjahrs 2011 bereits 18,3 Mrd. Euro (2010: 36,5 Mrd. Euro). Allerdings zeichnet sich angesichts der Eintrübung der Weltkonjunktur für das zweite Halbjahr 2011 sowie für 2012 ein Rückgang des Wachstums der Exporte und Importe ab. Im Juli dieses Jahres waren die Exporte bereits rückläufig. Mit dem Anpassungsprozess der Wirtschaft seit dem Platzen der Immobilienblase im Frühjahr 2008 geht

ebenfalls ein kräftiger Abbau des Leistungsbilanzdefizits einher. So war der Saldo der Leistungsbilanz im Jahr 2010 das erste Mal seit 1999 wieder positiv (0,5% in Relation zum BIP). Bis 2012 wird mit einem weiteren (leichten) Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses bis auf 0,7% gemessen am BIP gerechnet. Nach dem starken Einbruch im Jahr 2008 haben die Auslandsinvestitionen wieder deutlich zugelegt. Für dieses Jahr wird mit einem Zustrom an Auslandsinvestitionen in Irland in Höhe von knapp 28 Mrd. Euro gerechnet. Diese Entwicklungen sind im Wesentlichen auf die Rückkehr des Vertrauens der Investoren in Irland sowie auf die erfolgreiche Förderpolitik der Regierung zurückzuführen. So hat diese in der Krise – entgegen den Forderungen einiger EU-Partner – die Unternehmenssteuern nicht erhöht (Steuersatz: 12,5%) und sonstige steuerliche Erleichterungen nicht gestrichen – insbesondere auch für Investmentfonds, die in Irland gar nicht besteuert werden.

## 5. Finanzstatus

Irland galt jahrelang als stabilitätspolitischer Musterschüler im Euro-Raum. So verbuchte der Staatshaushalt mit Ausnahme des Jahres 2002 zwischen 1997 und 2007 stets Überschüsse und die Staatsverschuldung konnte von einst 95% gemessen am BIP (1993) bis auf knapp 25% im Jahr 2007 zurückgefahren werden. Mit der Immobilien- und Bankenkrise rutschte Irland jedoch wieder tief in die roten Zahlen. Neben Griechenland und Portugal musste Irland im November vergangenen Jahres sogar unter den EU-Rettungsschirm schlüpfen. Insgesamt erhält das Land über einen Zeitraum von drei Jahren knapp 85 Mrd. Euro an Kredithilfen, die sich wie folgt zusammensetzen: 17,5 Mrd. Euro übernimmt Irland selbst aus Mitteln seines Pensionsfonds, weitere 17,5 Mrd. Euro übernimmt die Europäische Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) und jeweils 22,5 Mrd. Euro gewähren der IWF sowie die Euro-Länder; Großbritannien, Schweden und Dänemark beteiligen sich jeweils mit 3,8 Mrd., 598 Mio. und 393 Mio. Euro. Die Kredite werden in zwölf Tranchen ausgezahlt, wobei die letzte Tranche im November 2013 gewährt werden soll. Die Troika bescheinigte Irland in ihrem letzten Bericht ein gutes Vorankommen bei der Reformierung des Landes und gewährte dem Land im Juli 2011 die dritte Kredittranche in Höhe von 4 Mrd. Euro. Die nächste Tranche wird Irland voraussichtlich Mitte Dezember erhalten. Premierminister Kenny ließ indes Anfang dieses Jahres in einer Erklärung verlauten, dass sich Irland evtl. schon 2012 wieder über neu ausgegebene Anleihen am regulären Kapitalmarkt refinanzieren könne. Sein Finanzminister Michael Noonan plant hingegen erst Anfang 2014 an den regulären Finanzmarkt zurückzukehren und 2012 lediglich in einem kleinen Umfang den Kapitalmarkt „auszutesten“. Nach dem laufenden Hilfsprogramm ist es vorgesehen, dass Irland im kommenden Jahr Anleihen in Höhe von 3,4 Mrd. Euro und 2013 in Höhe von 14 Mrd. Euro begibt. Anfang 2014

soll sich Irland dann wieder voll über den regulären Kapitalmarkt refinanzieren können.

Die Rettung der angeschlagenen Geschäftsbanken durch den irischen Staat hat dazu geführt, dass das Budgetdefizit vergangenes Jahr auf einen Rekordwert von knapp -32% gemessen am BIP angestiegen ist. Dieses Jahr wird das Defizit voraussichtlich -10,3% und im nächsten Jahr -8,6% betragen. Angesichts der verschlechterten Wachstumsaussichten hat die irische Regierung jüngst eine Verschärfung ihres ohnehin schon harten Sparprogramms angekündigt. So sollen in den kommenden vier Jahren weitere 12,4 Mrd. Euro, was knapp 8% der irischen Wirtschaftsleistung entspricht, eingespart werden – unter anderem durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Erhebung einer Immobilienabgabe. Damit soll das Haushaltsdefizit bis 2015 unter die nach Maastricht zulässige Grenze von 3% gemessen am BIP reduziert werden. Ob dies gelingt ist indes fraglich, da die Maßnahmen des ohnehin schon laufenden Sparpaktes harte Einschnitte für die Bevölkerung bedeuten. Analog zu den Defiziten ist auch die Staatsverschuldung Irlands immens angestiegen. Im Jahr 2010 betrug diese gemessen am BIP knapp 93%; bis 2013 wird mit einem weiteren Anstieg der Staatsschulden bis auf gut 118% gerechnet, danach nimmt die Verschuldung voraussichtlich wieder ab.

Zur Stützung der Eurokrisenstaaten und Stabilisierung der Märkte hatte die EZB im Mai 2010 begonnen u. a. irische Staatsanleihen aufzukaufen. Dies hatte zu einem zeitweiligen Rückgang der Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit auf bis zu 4,6% (Mai 2010) geführt. In der Folgezeit stiegen Renditen der Anleihen aber wieder bis auf knapp 14% (Juli 2011) an. Im Gegensatz zu Griechenland und Portugal sind die Renditen seit diesem Zeitpunkt aber wieder rückläufig, was nicht nur auf den Ankauf irischer Staatsanleihen durch die EZB zurückzuführen ist. Vielmehr spiegeln sich darin die im Vergleich zu den anderen Krisenstaaten deutlich positiveren Wirtschaftsentwicklungen wider. Am 07. November 2011 betrug die Rendite auf 10-jährige irische Staatsanleihen 8,1% also fast 6 Prozentpunkte weniger als noch im Juli 2011.

Im Länderkreditranking des Finanzmagazins „Institutional Investor“ vom September 2011 belegt Irland mit 49 von 100 Punkten den 75. Rang unter 178 gewerteten Ländern. Damit hat sie das Land um 22 Plätze gegenüber der März Ausgabe verschlechtert.

## 6. Ausblick

Unter den GIIPS-Ländern, die im Laufe der Euroschuldenkrise unter den Euro-Rettungsschirm geschlüpft sind, hat sich Irland bislang am besten entwickelt. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Verlauf der Risikoprämien für irische Staatsanleihen, die

seit Mitte Juli 2011 deutlich zurückgegangen sind. Tatsächlich befinden sich diese momentan wieder auf einem Niveau wie zu Beginn der Inanspruchnahme der Hilfskredite. Diese günstige Entwicklung ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen hat die irische Regierung schon sehr früh begonnen (im Jahr 2008), ein hartes aber wirksames Sparprogramm durchzusetzen, das – im Gegensatz zu den südeuropäischen Ländern – von der Bevölkerung akzeptiert wurde und nicht zu Massenprotesten führte. Dies führte zu einer spürbaren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Zum anderen verfügt die irische Volkswirtschaft über eine in ihrem Kern flexible, unternehmensfreundliche und vor allem wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur. Das ist in Griechenland und teilweise auch in Portugal nicht der Fall. Vor allem die wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur hat dazu geführt, dass Irland auch unter dem harten Spardiktat der Troika seine Exporte ankurbeln und ein positives Wirtschaftswachstum erzielen konnte. Darin liegt jedoch auch die Gefahr des irischen Aufschwungs: Dieser wird einzig und allein durch die Exporte getragen; diese sind jedoch sehr stark von den Entwicklungen auf den Weltmärkten abhängig. Sollte es zu einer weiteren Eintrübung der Weltkonjunktur kommen – was allen Anzeichen nach der Fall ist – wird der zarte Aufschwung Irlands wieder zum Erliegen kommen. Denn angesichts des harten Sparprogramms, hoher Arbeitslosenquoten und Staatsverschuldung sind vom privaten Konsum keine Impulse zu erwarten. Dies wird voraussichtlich auch in den nächsten beiden Jahren so bleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird auch maßgeblich dafür verantwortlich sein, ob es dem Land gelingt, die immens hohen Defizite und die damit einhergehende Schuldenlast in den nächsten Jahren rasch abzubauen. Eine Eintrübung der Weltwirtschaft wird zwangsläufig dazu führen, dass die irische Regierung ihr ohnehin schon hartes Sparprogramm verschärfen muss. Ein weiteres Risiko liegt in der Gesundung des Bankensektors, dessen Kapitalbedarf nach wie vor unklar ist.

Abgeschlossen am 08. November 2011.

Verfasser:

Dr. Alexander Kalb  
Tel +49 89 2171-22858  
alexander.kalb@bayernlb.de

Redaktion:

RO Länderrisiko- und Branchen-  
analyse  
www.bayernlb.de

Geschäftsgebäude:

Bayerische Landesbank  
Brienner Straße 18  
80333 München  
Tel +49 89 2171-01